

# Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

## Übergriffe auf Rohingya-Muslime

Am 26. September stürmten buddhistische Mönche am Rande der Hauptstadt Colombo eine von den Vereinten Nationen geführte Notunterkunft für Rohingya-Muslime. Dabei forderten sie die Ausweisung der Flüchtlinge nach Myanmar, wo sie vor Gewalttaten geflohen waren. Die Polizei nahm zu ihrer eigenen Sicherheit 30 der Rohingya-Muslime mit – darunter 16 Kinder. Es wurden keine Verletzungen gemeldet. Das radikal-buddhistische *Sinhala National Movement* protestierte gegen die Unterbringung der muslimischen Minderheit aus Myanmar. Sie bezichtigten die Rohingya des Mordes an Buddhisten in Myanmar. Die Aktivist(inn)en trugen Banner mit Aufschriften wie „Nicht alle Terroristen sind Muslime, aber die meisten von Ihnen“.

## Armee schlägt Gewalt gegen Muslime nieder

Einheiten der sri-lankischen Armee und Polizei mussten am 17. November erneut in gewaltsame Auseinandersetzungen radikaler Buddhisten gegen Muslime eingreifen. Ein Sprecher teilte am 18. November mit, dass insgesamt 19 Personen nach dem Zusammenstoß in der südlichen Küstenstadt Ginthota verhaftet wurden. Vier Menschen wurden dabei verletzt. Im Jahr 2017 kam es bereits zu Spannungen zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften. Die muslimische Minderheit wird von radikalen Buddhisten beschuldigt, die Menschen dazu zu zwingen, zum Islam zu konvertieren und buddhistisch-archaische Stätten zu zerstören. Polizeisprecher Ruwan Gunasekera sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, es handle sich hierbei um einen „Zusammenstoß zwischen einer kleinen Fraktion von Extremisten beider ethnischen Gruppen“. Die Gewalt sei durch Gerüchte und falsche Nachrichten in den sozialen Medien ausgelöst worden. Eine der Verhafteten sei eine Frau gewesen, die die falsche Nachricht verbreitet habe, dass Muslime einen buddhistischen Tempel angreifen würden. „Wir haben beschlossen, diejenigen zu verhaften, die falsche Nachrichten und Gerüchte in den sozialen Medien verbreitet haben“, so Gunasekera. Später wurde bekannt, dass alle 19 Verdächtige bis zum 30. November in Untersuchungshaft genommen wurden. Zudem wurde am Tag nach den Unruhen eine örtliche Ausgangssperre für zwölf Stunden verhängt,

die nach der Verhaftung des Anführers der Gewalt jedoch wieder aufgehoben wurde. Der Gesetzes- und Ordnungsminister Sagala Ratnayaka sagte zu dem Vorfall: „Einige politischen Gruppen sind jetzt auf einer verzweifelten Mission, diese kleine Schlägerei in einen singhalesisch-muslimischen Zusammenstoß zu verwandeln“. Er forderte die Öffentlichkeit auf, sich nicht durch falsche Propaganda irreführen zu lassen.

## Kritik an der langsamen Reform

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, äußerte sich bei der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf im September besorgt über die „langsamen Reformen“ in Sri Lanka. Er sagte, das Fehlen von Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht bedeute, dass die Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit „noch notwendiger“ sei. „Ich ermutige die Regierung, ihre in der Resolution 30/1 eingegangene Verpflichtung einzuhalten, Mechanismen für die Übergangsgerechtigkeit einzuführen und einen klaren Zeitplan für die Umsetzung dieser und anderer Verpflichtungen festzulegen“, sagte er. „Dies sollte von der Regierung nicht als eine Übung angesehen werden, die den UN-Rat beschwichtigen sollte, sondern als ein wesentliches Unterfangen, die Rechte aller seiner Bürger anzugehen“, fuhr er fort. Al Hussein forderte die sri-lankische Regierung auf, „das Amt für vermisste Personen [*Office on Missing Persons*] rasch zu operationalisieren und bei anderen wesentlichen vertrauensbildenden Maßnahmen, wie der Freigabe des vom Militär besetzten Landes, schneller vorzugehen und seit Langem anhängige Fälle im Rahmen des Anti-Terror-Gesetzes zu lösen“.

Ebenso beklagte eine Delegation des Europaparlaments am 2. November den langsamen Fortschritt der Reformprozesse. Die Abgeordneten zeigten sich enttäuscht über die nur schleppende Einführung von Menschenrechtsreformen, die Sri Lanka im Gegenzug für Handelszugeständnisse im Zuge des Zollpräferenzabkommens GSP+ versprochen hatte. Die wichtigste Industrie Sri Lankas, die Bekleidungsindustrie, profitierte am meisten von den Zollsensenkungen sowie anderen Vergünstigungen durch die Europäische Union. Die Delegation kritisierte, irgendwelche Fortschritte in den fünf Monaten nach dem Abkommen seien kaum feststellbar.

### Sirisena betont Fortschritte

Sri Lankas Präsident Maithripala Sirisena betonte anlässlich der 72. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York am 19. September die Fortschritte Sri Lankas in der Umsetzung der Reformen. Als Reaktion auf die Äußerungen des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, forderte er die internationale Gemeinschaft auf, die „enormen Fortschritte“ anzuerkennen, welche die Regierung bei der Aussöhnung, der Wiederherstellung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit erzielt habe. Er forderte Al Hussein dazu auf, die Unterstützung für den langsamen, aber stetigen Vormarsch Sri Lankas auszuweiten, um eine „progressive, demokratische, freie und gleichberechtigte Gesellschaft mit hoher Moral und Disziplin“ zu fördern. „Wir sind uns bewusst, dass [...] der langsame und stetige Weg der geeignetste ist, um die religiöse und gemeinschaftliche Harmonie wiederherzustellen, damit die Menschen aller Gemeinschaften in Frieden und Harmonie als gleichberechtigte Bürger leben können“, betonte der Präsident. Er sagte, dass die Regierung während der vergangenen zweieinhalb Jahre wichtige Schritte unternommen habe, um Demokratie, Freiheit, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu konsolidieren. „Durch solche Schritte haben wir die notwendige Grundlage geschaffen, um die nationale Aussöhnung herbeizuführen und sicherzustellen, dass Konflikte in unserem Land nicht wieder auftreten.“

### Sri Lanka bleibt hinter Erwartungen im „Transitional Justice“-Prozess zurück

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Förderung von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantie der Nicht-Wiederholung, Pablo de Greiff, befand sich vom 10. bis 23. Oktober zu einer Visite in Sri Lanka, um die Fortschritte der Übergangsgerechtigkeit und Wiedergutmachung zu prüfen. Im Jahr 2015 hatte sich die Regierung Sri Lankas verpflichtet, hierzu eine umfassende Strategie zu entwerfen und umzusetzen. „Mein Besuch zielt darauf ab, die bisher erzielten Fortschritte zu überprüfen, Hindernisse und Engpässe bei der Umsetzung der Übergangsgerechtigkeit sowie des Reformprozesses zu identifizieren und mit der Regierung und der Gesellschaft Sri Lankas über Möglichkeiten zur Überwindung dieser Probleme zu diskutieren“, so de Greiff. Dabei traf der Menschenrechtsexperte

Regierungsbeamte, Vertreter der Legislative, Mitglieder der Justiz und der Streitkräfte, Strafverfolgungsbeamte, religiöse Führer, politische Parteien, Opfergruppen, Akademiker sowie Vertreter der internationalen Gemeinschaft. Seine vorläufigen Ergebnisse teilte er der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz am 23. Oktober mit, und auch er sparte nicht mit Kritik an der schleppenden Umsetzung.

### Auf der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit

Die *International Crisis Group* (ICG), eine nichtstaatliche Denkfabrik zur Bewältigung großer Krisen auf Welt, veröffentlichte Ende Juli 2017 ihren Report Nr. 289, der sich mit dem Schicksal der vom Krieg betroffenen Tamilinnen beschäftigt. Acht Jahre nach Ende der bewaffneten Auseinandersetzung sei kaum eine der Versprechungen der Regierung wahr geworden. So verwundert nicht, dass im Bericht der ICG viel von Ärger und einem Gefühl des Hintergehens die Rede ist, das sich in vielen Protesten Luft verschafft. Der Bericht verdeutlicht, dass langsam, aber sicher die sowieso schon geringen Hoffnungen Schaden nehmen werden und führt dies an mehreren Beispielen aus; abrufbar via [www.crisisgroup.org](http://www.crisisgroup.org).

### Häusliche Gewalt

Im Rahmen der Länderprüfung *Universal Periodic Review* beim UN-Menschenrechtsrat haben NROs auch zum Thema häusliche Gewalt Stellung bezogen. In einem Überblick des Mediennetzwerkes Sri Lanka Brief wird darauf hingewiesen, dass Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich zum Alltag gehört. Zwar gibt es seit 2005 ein Gesetz zur Prävention (*Prevention of Domestic Violence Act*), das aber Vergewaltigung in der Ehe ebenso wenig zu einem Straftatbestand erklärt wie Kinderehen. Es dauert häufig mehrere Jahre, ehe sich die überwiegend weiblichen Opfer häuslicher Gewalt an die Polizei wenden. Dort beginnt quasi ein zweites Martyrium. Lediglich sechs Prozent der angezeigten Fälle landeten vor Gericht, zwei Prozent der Fälle kamen in ein Streitschlichtungsverfahren. In der großen Mehrheit der Fälle konnte durch den Gang zu den Behörden die Gewalt nicht oder nur kurzzeitig beendet werden. Kein Wunder, dass sich Schätzungen zufolge überhaupt nur 50 Prozent der Betroffenen an die Behörden wenden.